

Im Rachen des Nationalstolzes und Zivil(un)gehorsams – Homophobie in Serbien

Nach der Wende im Jahr 2000 erhielten die Menschenrechte in Serbien, darunter auch die LGBTIQ Rechte viel Aufmerksamkeit. Dieser Artikel versucht einen Überblick über ihre manchmal paradoxe Entwicklung an Hand der für die LGBTIQ-Bewegung besonders wichtigen Streitfälle zwischen staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft bzw. durch die Geschichte der Pride-Paraden zu geben.

Die jüngere Geschichte der Homophobie in Serbien ist unmittelbar mit der Planung, Ankündigung und Durchführung der Pride-Paraden verbunden. Bis dato haben in Serbien tatsächlich nur drei Pride-Paraden stattgefunden: die erste 2010, die zweite und dritte 2014 und 2015. Nach den von Nationalisten und Rechtsradikalen veranstalteten Krawallen gegen die angekündigte Pride Parade in 2009, denen auch der französische Fußballfan Brice Taton zum Opfer fiel, wurde die Parade zwar nicht offiziell abgesagt, aber kurzfristig aus dem Zentrum Belgrads verdrängt und damit der öffentlichen Aufmerksamkeit beraubt.¹ 2010 sah sich die politische Führung Serbiens unter dem Druck der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft zur Genehmigung der Parade genötigt – mit dem Ergebnis, dass die dann folgenden Ereignisse der Welt vor Augen führen sollten, dass Serbien eine solche Demonstration zugunsten der Rechte der LSBTI*-Bewegung nicht will: Die Parade 2010 verwandelte Belgrad in einen Kriegsschauplatz, Banden überwiegend junger Männer zerstörten Teile der Innenstadt, während die etwa 1000 Demonstrierenden – von tausenden Polizisten und rund 6000 hasserfüllten Hooligans umgeben – sich wie in einem Käfig durch ein kurzes Stück der Innenstadt bewegten. Nach diesen Ereignissen sahen sich die nachfolgenden serbischen Regierungen berechtigt, alle weiteren Paraden zu verbieten. Diese Verbote wurden – wie üblich – mit dem Risiko für die öffentliche Sicherheit begründet. In Wirklichkeit jedoch weigerten sich die Regierungen, das grundlegende Demonstrationsrecht für Menschenrechte zu schützen, weil dies ihnen nicht opportun erschien. Entsprechend hat das serbische Verfassungsgericht auch zwei der ausgesprochenen Demonstrationsverbote für rechts- und verfassungswidrig erklärt.²

¹ Die so genannte Nullparade, d.h. der Versuch einer ersten Pride Parade hat 2001 stattgefunden; er endete in blutigen Krawallen auf Belgrader Straßen.

² Das serbische Verfassungsgericht verurteilte die beiden Verbote als verfassungswidrig – sowohl für 2009 als auch für 2011.

Die regierenden Parteien haben sich aus opportunistischen Gründen für die Pflege guter Beziehungen zur gewaltbereiten Szene der Rechtsradikalen und Homophoben entschieden und das Verbot weiterer Paraden nach außen als Verhinderung von Unruhen und Zerstörungen dargestellt. An einer Auseinandersetzung oder gar Bekämpfung der menschenrechtsverachtenden Hassszene war den diversen Regierungen aus Sozialdemokraten, Sozialisten und Nationalisten bisher nie gelegen. In diesem Sinne fasste 2010 der damalige Belgrader Bürgermeister den materiellen Schaden auf Belgrader Straßen in die Worte: „So etwas passiert, wenn man die Pride-Parade möchte“. Die Autoritäten schoben die Verantwortung der LSBTI*-Gemeinschaft in die Schuhe und suchten sich gleichzeitig das Ansehen derer zu geben, die sich lediglich um Ruhe und Ordnung sorgten und ansonsten ihre Hände in Unschuld wuschen.

Sowohl die Pride-Parade von 2010 als auch die von 2014 haben mit Recht den Spitznamen „Staats-Paraden“ erhalten. Die Regierung signalisierte, dass sie unter starkem Druck der „Europäer“ stehe, die Serbien zur Wahrung des Demonstrationsrechts für Menschenrechte „erpressen“. Andernfalls könne es zu Schwierigkeiten mit der Annäherung Serbiens an die EU kommen. Damit präsentiert sich der serbische Staat als das wahre Opfer dieser Anderen, dieser Europäer. Ganz offen zeigen die Autoritäten, wie widerwillig sie die Verfassungsrechte aller garantieren und wie wenig sie die ihnen abverlangte Normalität als normal empfinden. Einige Tage bevor dann auch die Pride-Parade 2013 verboten wurde, antwortete der damalige Premierminister Serbiens, der Sozialist Ivica Dačić, auf die Frage, ob er selber zur Parade gehen werde, folgendermaßen: „Ich bin mir dessen bewusst, dass alle das Verfassungsrecht haben, ihre Vielfältigkeit zu äußern, aber ich werde nicht kommen. Wissen Sie, man sollte nicht von einem Extrem zu einem anderen wechseln; wir sollten uns bei denen nicht einschmeicheln. Soll ich jetzt gay werden, weil es proeuropäisch ist?“³ Die Frage der Pride-Parade ist also eine aufgezwungene, importierte Normalität der „Anderen“, mit denen Serbien mehr oder minder nichts zu tun haben will. Die Tatsache, dass es um die Rechte von Bürger/innen dieses Staates geht, spielt dabei keine Rolle. Sie werden sprachlich und praktisch – durch das Verbot der Demonstration oder durch ihren Spießrutenlauf durch Polizeiringe und hasserfüllte Hooligans ausgebürgert, weil sie nicht die nationale Normalität verkörpern.

Das Verhalten der Regierung hat die homophoben Akteure des Landes ermutigt und bestärkt. Die wenigen Gewalttäter, die überhaupt zur Rechenschaft gezogen wurden, erhielten nur sehr geringe Strafen. Die Liste der unzufriedenen, armen und frustrierten Menschen in Serbien ist lang. Zu ihr zählen mittlerweile mehrere Generationen, die sich ihres Lebens und einer alltäglichen Normalität beraubt fühlen. Diese Menschen gehen nicht unbedingt auf die Straße, unterstützen aber die Regierenden in ihrem Kampf für die serbische Normalität, obwohl sie selber kaum über die Runden kommen. Die sichtbarsten homophoben Akteure sind aber die rücksichtslosen jungen Männer, die meistens verharmlosend als Hooligans bezeichnet werden. Die entscheidende Frage dazu stellte im

³ <http://www.youtube.com/watch?v=AiNMxrp-8kA>. Letztes Mal überprüft im März 2014.

Jahr 2014 die Leiterin des Autonomen Frauenzentrums Slobodanka Macanović bei einem Hearing im serbischen Parlament: Wie hat der Staat zugelassen, dass die Anzahl der gewalttätigen Hooligans von 700 bei der ersten Pride-Parade in 2001 auf 7000 gestiegen ist?

Im Jahr 2001 hat sich die Belgrader LSBTI*-Gemeinschaft zum ersten Mal dazu entschlossen, auf die Straßen zu gehen. Sie hatte naiv gedacht, dass der Augenblick des Kriegsendes und des Sturzes der Milosevic-Diktatur im Oktober 2000 auch eine gesellschaftliche Wende sein müsste. Schlimmstenfalls rechneten sie damit, mit Eiern beworfen zu werden. Doch dieser Versuch endete in extremer Gewalt. Damals begann der neue Ausnahmezustand, der neue Krieg, der Krieg im eigenen Hof. Der hält bis heute an. Seit damals besteht das größte Problem darin, dass der in den 90er Jahren entstandene Kriegsdiskurs bzw. der Kriegsschauplatz aus den ehemaligen jugoslawischen Republiken sich zu Hause einquartiert hat. Dieser langjährige Kriegsdiskurs hat seine Spuren hinterlassen. Er hat das gezeigt, was die *Frauen in Schwarz* auf den Straßen seit mittlerweile über 25 Jahren wiederholen: Der Frieden ist nicht nur die Abwesenheit des Krieges. Der Krieg lebt fort vor allem im radikalen Nationalismus, der jederzeit zur auch gewalttätigen „Ausbürgerung“ bereit ist; er setzt sich fort als Normalisierung von Gewalt im Alltag und als Rückkehr zu den patriarchalen Normen der „guten Familie“. In einem solchen Regime wurden die Menschen sehr einfach als Verräter/innen bezeichnet – also all diejenigen, die aus verschiedensten Gründen nicht in den Rahmen der nationalistischen Opferrolle passen.

Das Serbien von heute ist die Folge eines jahrzehntelangen nationalistisch-patriarchalen kriegerischen Diskurses. Sein Rückschlag besteht in der maßlosen Faschisierung der Gesellschaft, wo Anderssein unerwünscht ist und keine Vielfalt geduldet wird. Genauso wie Feministinnen in den 1990er als kroatische, albanische und wessen auch immer Hexen und Verräterinnen bezeichnet wurden, sind das seit den 2000er Jahren die Queers.

Zur Formierung, ja Faschisierung kommt noch das Bemänteln mit Hilfe der EU. Von den Regierenden wird in Serbien immer wieder erklärt, dass die LSBTI*Menschen irgendwie zu dulden seien, weil dies zu den Voraussetzungen für den EU-Beitritt gehöre. Die meisten Politiker/innen nutzen die so genannte „Transitologie“ zur Rechtfertigung ihrer eigenen Verantwortungslosigkeit - für den Anstieg der Gewalt von Männern gegen Frauen, für die Zunahme der Zahl hasserfüllter und gewaltbereiter junger Männer, für die Zunahme weiterer sozialer Probleme. Gleichzeitig unterstützen sie konservative und rechtsorientierte Jugendliche als Traditionspfleger/innen und globalisierungskritische Bewegung⁴ und lassen sich hierbei von der serbisch-orthodoxen Kirche unterstützen die als Gegenspielerin zu (westlichen) NROs agiert. Im Rahmen der Auseinandersetzung um Menschenrechte werden LSBTI*-Rechte ausnahmslos als extreme Form der Europäisierung des

⁴ Der antiwestliche Diskurs in Serbien wurde v.a. durch das internationale Embargo in den 1990er Jahren und durch das NATO Bombardement 1999 und die EU Politik gegenüber dem Kosovo beeinflusst. Kahlina, Katja (2013): Contested terrain of Sexual Citizenship: EU accession and the changing position of sexual minorities in the post-Yugoslav context. Working Paper 2013/33, CITSEE, Edinburgh. S. 11.

aus europäischer Perspektive rückständigen *Ostens* denunziert. Daran ist auch der Westen, sind die EU und ihre Mitgliedsländer nicht unschuldig, wenn sie Demokratisierung als eine Art nachholende Kindererziehung inszeniert, durch das das zurückgebliebene Land von seiner repressiven Vergangenheit befreit werden müsse.⁵ Das gibt den Regierenden die Gelegenheit, sich als Opfer des Westens darzustellen, als ein Land, das sich mit Recht vom *Westen* beleidigt fühlt. So spielen die Regierenden mit den Bürger/innen das Spiel von Zuckerbrot und Peitsche: Die EU verlange für Serbiens Aufnahme in die westliche Gemeinschaft Dinge, die für die serbische Mehrheitsbevölkerung nicht „natürlich“ seien. Oder mit den Worten des ehemaligen serbischen Premierministers: „Bloß weil wir den EU-Forderungen nach Stabilisierung, Harmonisierung und sonstigen Verträgen nachkommen, bedeutet das bei Weitem nicht, dass wir uns von Homosexuellen kolonisieren lassen“. Der Krieg ist noch immer nicht zu Ende, er ist im Hause.

In dieser Zone zwischen Europa und nationalistischer Formierung und Normierung entwickelt sich die Zivilgesellschaft in Serbien, darunter auch die LSBTI*-Bewegung, die ihre Wurzeln in der feministischen Bewegung hat, mit den Worten der *Frauen in Schwarz*: die Zivilgesellschaft der „Ungehorsamen“. Nach 20 langen Jahren des offenen Kampfes für den nicht heterosexuellen Teil der serbischen Gesellschaft stellt sich die Frage nach den Erfolgen und den Wirkungen für die LSBTI*-Gemeinschaft. Ist tatsächlich die, wie es aussieht, seit 2014 dauerhaft von den Regierenden geduldete Pride-Parade der Beleg für die Erfolgsgeschichte dieses Kampfes? Ist die Tatsache, dass am 20. September 2015 in Belgrader Straßen zwei Paraden stattfinden werden⁶, als Erfolg zu betrachten? Wie produktiv und wie subversiv könnten die Fehlanpassungen innerhalb der queer-Community sein und für wen?

Der Kampf für die Pride-Paraden und das Etablieren einer Tradition solcher Paraden soll die große Zäsur des Coming-outs außerhalb der so genannten eigenen vier Wänden markieren und ins öffentliche Gedächtnis einprägen; die Paraden wollen die Unsichtbarkeit und die öffentliche Ignoranz gegenüber einer Gruppe von Menschen überwinden, die aus der Norm herausfallen. Aber solange die Paraden als Demonstration von Rechten und Ansprüchen besonderer Gruppen auftreten, wird ihre Bedeutung für Nichtheterosexuelle und ihren Alltag nicht begriffen und nicht verwirklicht. Die

⁵ Die Verbindung zwischen der postkommunistischen Transition und der neu hergestellten Demokratie im postkommunistischen Osten wurde zur Metapher für Unmündige od. Kleinkinder: *Erziehung zur Demokratie, eine Demokratie, die noch Windeln braucht, die wächst und reift und vielleicht noch in den Kinderschuhen steckt; eine Demokratie, die an Kinderkrankheiten leidet*, usw. Buden, Boris (2009): Zone des Übergangs. Vom Ende des Postkommunismus. Suhrkamp Verlag, F. a. M. S. 34-51, hier S. 34.

⁵ Unzufrieden mit der unter anderem rechtlichen Lage der Trans*, entschloss sich diese Gruppe eine separate Protest-Versammlung am gleichen Tag abzuhalten.

⁶ Unzufrieden mit der unter anderem rechtlichen Lage der Trans*, entschloss sich diese Gruppe eine separate Protest-Versammlung am gleichen Tag abzuhalten.



entscheidende Frage ist doch die, ob für die serbische Gesellschaft nicht nur positive Gesetze erlassen und unter dem Druck der EU Paraden geduldet werden, sondern ob sich diese Gesellschaft vor allem öffnet und ein anderes, post-nationalistisches Normverständnis entwickelt. Dann würde durch die Paraden sichtbar, dass die LSBTI*Community mit anderen Gesellschaftsgruppen Homophobie, Hass und Gewalt gemeinsam bekämpfen – bei den Paraden, aber auch in den Betrieben, in der Arztpraxis, in der Post und auf der Straße. Der Kampf für Menschenrechte darf nicht ein Spezifikum der NROs bleiben, er darf von der Öffentlichkeit nicht als exklusive Aufgabe wahrgenommen werden und damit zur Verstärkung der Exklusion dienen. Er muss als gemeinsames Interesse der Bürger/innen wahrgenommen werden.

In Serbien wird es noch viel Zeit brauchen, bis der Kampf gegen Homophobie, aber auch gegen Xenophobie, Rassismus und insgesamt für Menschenwürde und Menschenrechte nicht als aus dem Westen importierte und auferlegte Erfindung wahrgenommen wird. Gerade auch die letzten Monate haben gezeigt, dass sich viele Menschen aus dem sinkenden Boot des Nationalismus und der Armut zu retten versuchen, und dass nicht nur Serbien noch sehr weit von einem im Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes ausgedrückten Grundkonsens entfernt ist: die Würde des Menschen ist unantastbar.

Autorin

Hana Čopić ist seit 2008 Projektkoordinatorin im Belgrader Büro der Heinrich Böll Stiftung. Seit 2012 ist sie Doktorandin im Zentrum für Antisemitismusforschung der TU-Berlin im Rahmen des Forschungskollegs: „Der Erste Weltkrieg und die Konflikte der europäischen Nachkriegsordnung (1914-1923) oder Die Radikalisierung des Antisemitismus in Europa“, wo sie sich mit der Entstehung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen und dem Antisemitismus befasst.

Kontakt: hana.copic@mail.tu-berlin.de

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

[europa-bbe\(at\)b-b-e.de](mailto:europa-bbe(at)b-b-e.de)

www.b-b-e.de